



Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten BezirksrätInnen der Sozialdemokratischen Fraktion Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **23. Februar 2023** nachstehende

## **R e s o l u t i o n**

### **Betrifft: Mieten muss für alle leistbar sein!**

Die Mandatarinnen und Mandatare der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus sprechen sich dafür aus, dass auf allen Ebenen die Bedeutung von leistbarem Wohnen für alle Menschen betont wird und die Bevölkerung u.a. in Rudolfsheim-Fünfhaus unterstützt wird, damit die enormen Wohnkosten nicht noch mehr steigen.

#### **Begründung:**

Rudolfsheim-Fünfhaus gehört zu den einkommensschwächsten Bezirken in Österreich. Die Teuerung hat ein Rekordniveau erreicht. Laut Fiskalrat können in Österreich mehr als 2,5 Millionen Menschen ihre täglichen Ausgaben nicht mehr mit ihrem Einkommen bestreiten. Neben den hohen Kosten des normalen Lebens, wird auch Wohnen in Österreich immer mehr zum Luxus und die Zahlungsprobleme der Bevölkerung nehmen zu.

Die Mietpreise sind in den letzten Jahren immens gestiegen. Mit der geplanten Anhebung der Kategorie- und Richtwertmieten im April 2023 werden die Mieten erneut um ca. 8,6% steigen. Das ist nach der bereits stattgefundenen Erhöhung im Vorjahr (6%) eine enorme Erhöhung. Für Mieter:innen bedeutet das durchschnittliche Mehrkosten von rund 490 Euro (bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 65 Quadratmetern) im Jahr. Dabei wird bereits jetzt jeder 5. Euro (also rund 20%) der Haushaltsausgaben für die Wohnungsmiete aufgewendet. Haushalte mit kleineren Einkommen geben sogar 30% bis 40% ihres Einkommens für Mietzahlungen aus. Auf der gegenüberliegenden Seite haben sich die Mieteinnahmen in der Immobilienwirtschaft seit dem Jahr 2008 verdoppelt (von 1,9 Mrd. € auf 4 Mrd. € im Jahr 2021). Es ist daher höchste Zeit, zumindest dem Mietanstiegsautomatismus ein Ende zu setzen.

In Wien liegt die Mietquote von Hauptwohnsitzwohnungen bei knapp 80%. Daher sind die Bewohner:innen aus Rudolfsheim-Fünfhaus von Mieterhöhungen stark betroffen. Die Zahl der Personen in existenzieller Notlage wird daher auch im Bezirk dramatisch ansteigen. Politische Lösungen sind dringend gefragt.

Anstatt schnell zu handeln, die Mieterhöhungen auszusetzen und sämtliche Maßnahmen zur Grundrechtssicherung zu ergreifen, macht die Bundesregierung nichts. Zusätzlich lässt auch die im Türkis- Grünen Regierungsprogramm festgelegte Umsetzung eines Universalmietrechts im Rahmen einer längst überfälligen Mietrechtsreform weiterhin auf sich warten. Die Menschen in Österreich haben diese Zeit aber nicht!

Verena Schweiger  
Klubobfrau